



Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Obenmarspforten 21, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Redaktionsbüro +49 (0) 221 221-26456
Rufbereitschaft: +49 (0) 221 / 221-26487

Alexander Vogel (av) 221-26487
Pressesprecher
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
stv. Pressesprecherin
Robert Baumanns (rob) 221-32176
Maximilian Daum (md) 221-35982
Jutta Doppke-Metz (dom) 221-26489
Eva Fiedler (fie) 221-33779
Katja Reuter (reu) 221-31155
Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

14.11.2024 -

Rede von Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert zur Einbringung des Doppelhaushalts 2025/26

Sperrfrist: Beginn der Rede! Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Rats,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
liebe Gäste auf der Tribüne und im Livestream,

Haushalt – das klingt nach Zahlen und Fachbegriffen, aber Haushalt ist mehr: Ein Haushalt **ermöglicht**. Er finanziert pflichtige und freiwillige Aufgaben. Er bedeutet Planung und Vorausschau. Klarheit über den weiteren Weg. Und Vertrauen in die Zukunft.

Das gilt auf allen Ebenen des Staates, aber erst recht hier vor Ort. Denn Städte sind **Heimat**, hier vor Ort wird **Demokratie** erlebbar. **Unser aller Auftrag** ist es, dem gerecht zu werden. Zu handeln, wenn es notwendig ist. Und dann das Notwendige zu tun.

Dafür braucht es

- eine ehrliche Bestandsaufnahme
- mutige Entscheidungen
- und einen klaren Blick in Zukunft.

Ich möchte Sie daher anhand von drei Leitfragen in die Zahlen des Haushalts mitnehmen:

1. Wo stehen wir?

2. Welche Entscheidungen treffen wir mit diesem Haushalt? Oder auch: Was können wir gestalten – und was nicht? Und welche Schwerpunkte setzen wir?
3. Und ganz zentral: Wie stellen wir sicher, dass auch morgen noch *der Rat* die Finanzpolitik dieser Stadt steuert? Mit anderen Worten: Wie sichern wir unsere Handlungsfähigkeit?

1. Wo stehen wir heute?

Ich befasse mich – in unterschiedlichsten Funktionen – schon seit fast einem Vierteljahrhundert mit kommunalen Finanzen. Und es gab immer auch Herausforderungen. Die jüngsten Krisen – durch Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg – haben wir hier in Köln gut gemeistert. Wir alle hätten uns nun wohl ruhigere Zeiten gewünscht. Dieser Wunsch erfüllt sich nicht. Die nüchterne Bestandsaufnahme zeigt: Die Finanz- und Haushaltslage unserer Stadt ist höchst kritisch.

Vor zwei Jahren haben die kommunalen Spitzenverbände gemutmaßt, dass wir **vor der größten Finanzkrise der Städte- und Gemeinden seit Bestehen der Bundesrepublik** stehen könnten. Vor zwei Jahren habe ich gewarnt, dass wir „hart am Wind segeln“ und sich die Bedingungen jederzeit verschlechtern können. Heute müssen wir feststellen: Wir sind mitten drin in der Krise. Der Sturm hat uns eingeholt.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in NRW hat sich dramatisch verschlechtert:¹ Fast sämtliche NRW-Städte und Gemeinden bewerten die Aussichten bis 2028 als schlecht oder sehr schlecht. Kaum eine Stadt wird in den nächsten fünf Jahren einen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Schon jetzt befindet sich mehr als jede zehnte Kommune im Haushaltssicherungskonzept oder im Nothaushalt. Die Kommunen fahren auf Verschleiß, Rücklagen schmelzen dahin und weitere Städte und Gemeinden werden in die Überschuldung abrutschen.

Überschuldung. Das heißt: Ab diesem Zeitpunkt gehört das *gesamte* städtische Vermögen – Straßen, Gebäude, Kunst, Fahrzeuge... – , gehört all das den Banken und Gläubigern der Stadt.

Köln kann für sich reklamieren, dass wir *da* noch nicht sind. Dass wir das Steuerrad *noch* fest in der Hand halten. Dass wir *noch nicht* zum Spielball der Elemente geworden sind.

Der vorliegende Haushaltsentwurf bewahrt uns davor. Er verschafft uns Zeit – eine Atempause. Die Situation ist aber alles andere als stabil. Für stabileres Tauwerk – das wir liebend gerne eingezogen hätten – reichen die finanziellen Mittel aber vorne und hinten nicht.

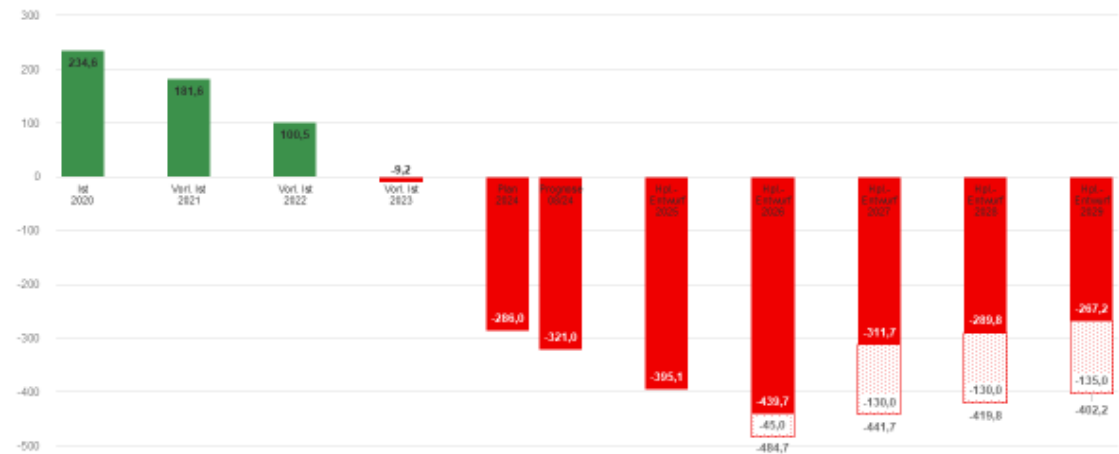
Zur Verdeutlichung erlauben Sie mir bitte, dass ich Ihnen heute zwei Folien zumute.

Lassen Sie uns zuerst einen Blick auf die Entwicklung der zu erwartenden Jahresergebnisse werfen:

¹ Nachfolgend werden die Ergebnisse einer Umfrage von Städtetag und Städte- und Gemeindebund NRW aus August 2024 wiedergegeben. Quelle: Haushaltsumfrage: Städte und Gemeinden in wachsender Finanznot (staedtetag-nrw.de)

Entwicklung der Jahresergebnisse inkl. globalem Minderaufwand

in Mio. €



Dezernat III - Finanzen und Recht

13

Wir haben in den Jahren 2020 bis 2023 – wie Sie links sehen – trotz aller Herausforderungen – solide gewirtschaftet. Auch wenn zur Ehrlichkeit gehört, dass ein Teil dieser Ergebnisse *auch* den Corona- und Ukraine-Isolierungen geschuldet ist, das heißt außerordentlichen Erträgen, die nur kurzfristig unser Ergebnis verbessert haben.

Der Puffer, den wir so in den letzten Jahren – als so genannte Ausgleichsrücklage – bilden konnten, wird spätestens 2025 vollständig aufgebraucht sein. Denn das aktuelle Jahr und die nächsten Jahre, das ist eindrucksvoll zu erkennen, laufen in **tiefes, tiefes Rot**.

Für 2025 wird das Defizit bei über 395 und 2026 bei fast 440 Millionen Euro liegen. Auch in den kommenden Jahren wird der Haushaltsausgleich weit verfehlt. Es zeigen sich auch hier durchgängig hohe Defizite.

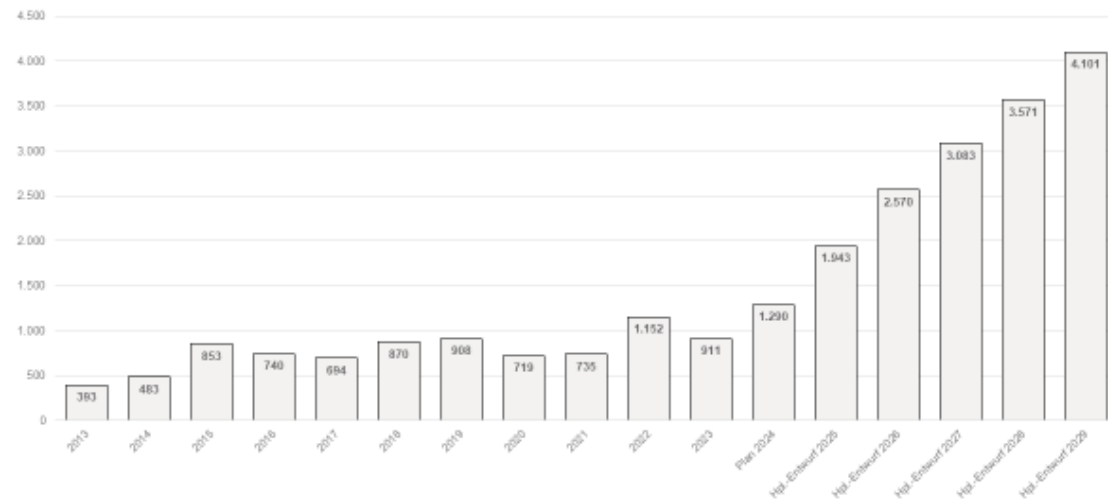
Die Ergebnisse sind nur deshalb nicht *noch* schlechter, weil wir uns im Haushalt verpflichten, in den kommenden Jahren – *über* das, was wir derzeit schon an Gegensteuerungsmaßnahmen entwickelt und aufgenommen haben - *weitere* Einsparungen vorzunehmen und dafür *zusätzliche* Maßnahmen zu entwickeln. Dafür haben wir einen sog. globalen Minderaufwand berücksichtigt, der beginnend im Jahr 2026 von 45 Millionen Euro auf 135 Millionen Euro anwächst. In dieser Höhe müssen wir daher zusätzliche Verbesserungen erzielen. Anderenfalls sähen unsere Ergebnisse noch viel schlechter aus, wie Sie an der ebenfalls dargestellten Zahlenreihe erkennen können². Trotzdem verbleiben hohe Defizite. Und unsere Schulden steigen.

Die zweite Folie zeigt die prognostizierte Entwicklung unserer Liquiditätskredite. Das sind *die* Kredite, die wir bei Banken aufnehmen müssen, wenn wir für unsere *laufenden* Aufgaben mehr Finanzmittel benötigen, als reinkommen:

² Das Jahresergebnis ohne globalen Minderaufwand läge bei -484,7 Mio. Euro (2026), -441,7 Mio. Euro (2027), -419,8 Mio. Euro (2028) und -402,2 Mio. Euro (2029).

Entwicklung der Liquiditätskredite

in Mio. €



Dezernat III - Finanzen und Recht

16

Sie sehen, es ist uns lange Zeit gelungen, die Kredite unter einer Milliarde Euro zu stabilisieren. Jetzt steigen sie sprunghaft an. Ich denke, dass beide Grafiken für sich sprechen.

Die Folge der hohen Verschuldung wird sein, dass ein immer größerer Teil unseres Vermögens nicht mehr uns, sondern den Banken gehört. Unser **Eigenkapital** – also das, was tatsächlich uns und nicht den Banken gehört – schrumpft. Allein in der mittelfristigen Finanzplanung, das heißt bis 2029, werden wir rund 1,4 Milliarden Euro Eigenkapital verlieren. Bei einem Ausgangsvolumen von rund 5 Milliarden Euro sind das fast 30 Prozent! Wenn das in dem Tempo weitergeht, wird auch Köln in absehbarer Zeit überschuldet sein. Soweit zur – ernüchternden – Bestandsaufnahme.

Kommen wir zu Frage zwei.

Welche Entscheidungen treffen wir nun im Haushalt? Was können wir gestalten – und was nicht? Welche Schwerpunkte setzen wir?

Ein Haushalt ist ein Zusammenspiel zwischen dem, was raus geht – der Aufwandsseite – und dem, was reinkommt – der Ertragsseite.

Lassen Sie uns zunächst die **Aufwandsseite** betrachten:

Hier werden in 2025 rund 530 Millionen Euro und in 2026 rund 770 Millionen Euro *mehr* an Aufwandsermächtigungen zur Verfügung stehen als noch 2024. Wir werden also *mehr* ausgeben.

Mit anderen Worten: Das Volumen des Kölner Haushalts wächst. Für Aufwendungen stehen rund 6,45 Milliarden Euro und 6,69 Milliarden Euro bereit. Zur Einordnung: Das ist mehr als der Etat des Saarlandes!

Hinter dieser Entwicklung stehen *einige, sehr bewusste* Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen – *aber nicht nur*.

- Zu den *bewussten* Schwerpunktsetzungen zählt die **Entscheidung für die städtischen Kliniken**. Unser Doppelhaushalt enthält nun Betriebskostenzuschüsse in Höhe

von 76,6 Millionen Euro und 69,3 Millionen Euro in den beiden kommenden Jahren. Außerdem werden wir in erheblichem Umfang in den neuen Klinikstandort investieren und dafür Investitionskredite aufnehmen.

- Wir haben den **Schulbau** in den letzten Jahren massiv forciert. Die Stadt refinanziert das, indem sie die Gebäude nach der Fertigstellung anmietet. Unsere Schulmieten steigen daher gegenüber 2024 massiv. Und zwar um 77,6 Millionen Euro in 2025 und 114,5 Millionen Euro in 2026 – auf dann rund 327 Millionen Euro beziehungsweise 364 Millionen Euro.
- Der städtische Haushalt muss den großen **Herausforderungen an die weiter wachsende Stadt** und die nachhaltige Transformation Rechnung tragen. Stichworte sind hier: Klimaschutzmaßnahmen, Ausbau des ÖPNV-Netzes, die Sanierung und Instandhaltung unserer Brücken, unserer Straßen- und Gebäude sowie unserer technischen Infrastruktur. Allein für den Breitbandausbau stellen wir in den kommenden Jahren³ 131,5 Millionen Euro an Investitionsmitteln bereit. Auch die großen Stadtentwicklungsprojekte – wie die Parkstadt Süd - die mehr Wohnraum schaffen, werden den Haushalt in der Zukunft erheblich fordern.
- Einmal getroffene **Investitionsentscheidungen** prägen den Haushalt langfristig. Im Bereich der Kultur wurden mit der Baustelle am Offenbachplatz, mit dem MiQua und dem Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum große Projekte angeschoben, die Mittel binden werden. Gleiches gilt für das vor einem Jahr beschlossene Radsportstadion.

Viele Veränderungen im Haushalt zeichnen aber auch „nur“ gesellschaftliche und / oder rechtliche Notwendigkeiten nach:

- Bundesweit und auch in Köln steigen die Kosten für die **wirtschaftliche Jugendhilfe**. Eine Folge von Tarifkostensteigerungen in den Sozialberufen, allgemeinen Kostensteigerungen und steigenden Bedarfen in den Familien. Unsere Ansätze werden in 2025 bei fast 310 Millionen Euro liegen. Das ist ein Plus von über 60 Millionen Euro oder fast 20 Prozent. Das vom Jugendamt entwickelte Maßnahmenpaket wird die Kostenentwicklung zwar einbremsen, aber kaum umkehren können.
- Auch Aufgaben, die Bund und Länder auf Kommunen übertragen haben, schlagen ins Kontor: Dazu zählt die mangelnde Finanzierung beim Rechtsanspruch auf eine **Ganztagsbetreuung in den Schulen**, ebenso wie bei der Versorgung von Geflüchteten. So rechnen wir bei den Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** zwar mit deutlich rückläufigen Zahlen, gleichzeitig brechen aber die Erträge überproportional ein – eine Folge der vielfach kritisierten Erstattungsregelungen⁴.
- Dasselbe Bild zeigt sich im Bereich der **Kindertagesbetreuung**. In Folge der jüngsten Reformen, der erhöhten Zuschüsse für Tagespflegeeltern und steigender Platzzahlen. Dafür stellen wir rund 34 Millionen Euro (2025) bzw. rund 54 Millionen Euro (2026) mehr zur Verfügung⁵.
- Weiter müssen die Belastungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs geschultert werden. Es geht um 412 Millionen Euro, die wir in den kommenden 50 Jahren mit jährlich rund 8,2 Millionen Euro abstottern werden.

Last but not least: Wir müssen mit **Kostenentwicklungen** umgehen, die wir nur sehr eingeschränkt beeinflussen können. So können die bei den Tarifabschlüssen und den Zinsen zu verzeichnenden Sprünge getrost als „in der jüngeren Geschichte einmalig“ bezeichnet werden.

³ Hier 2025-2029.

⁴ Das Land gewährt für bestimmte Personengruppen wie die der geduldeten Personen nur eine einmalige Kostenpauschale. Die Deckungslücke, die aus städtischen Mitteln zu schließen ist, steigt in der Folge um rd. 11,5 Mio. Euro auf 58,5 Mio. Euro.

⁵ Die Veranschlagungen stiegen deutlich auf 781,3 (2025) bzw. 796,8 Mio. € (2026). 2024 betrugen sie 708,6 Mio. Euro. Der nach Abzug der Erträge verbleibende Zuschussbedarf wird 2025 bei rd. 311,7 und 2026 bei rd. 331,5 Mio. Euro liegen. 2024 waren es noch 277,6 Mio. Euro.

- Die durchschnittliche **Tarifikostensteigerung** von rd. zehn Prozent hat zur Folge, dass der Personaletat rund 153 Millionen Euro (2025) bzw. rund 194 Millionen Euro (2026) mehr benötigt.
- Da die Zeiten, in denen geborgtes Geld „nichts kostete“, vorbei sind, müssen wir für Zinsen deutlich mehr Haushaltsmittel bereitstellen: Waren es 2024 noch rund 100 Millionen Euro, werden es 2025 schon fast 167 und 2026 fast 203 Millionen Euro sein.

Sie sehen, sehr geehrte Ratsmitglieder, hier kommt auf der Aufwandsseite Einiges zusammen. Mit *dieser* Entwicklung halten unsere **Erträge** nicht mit. Nein, sie bleiben weit dahinter zurück. Und das, obwohl wir – auch dank des breiten Branchenmix – mit Erträgen von etwas über 6 Milliarden Euro⁶ – auf eine stabile, ja sogar leicht anwachsende Ertragsbasis setzen können.

Die Wachstumsraten der Vergangenheit sind angesichts der **zurückhaltenden Wirtschaftsprognosen** leider nicht mehr realisierbar⁷. Das ernüchternde Fazit: Es klafft eine große und zunehmend größer werdende Lücke zwischen den Aufgaben und den Erträgen.

Wie stellen wir also – drittens – sicher, dass wir auch weiterhin die Finanzpolitik dieser Stadt gestalten können?

Es gibt Probleme, die lösen sich durch Zeitablauf. Es gibt aber Probleme, die werden *größer*, wenn man sie nicht anpackt. So ist es hier.

Wir haben uns daher verwaltungsintern intensiv damit befasst, was wir Ihnen heute vorschlagen können.

Das hat Zeit in Anspruch genommen. Zeit, die wir gut investiert haben:

- Wir haben alle Positionen im Haushalt kritisch auf ihre Notwendigkeit hin hinterfragt; viele Wünsche oder Projekte, teilweise auch solche, die schon beschlossen oder in Konzepte eingebettet waren, konnten nicht erfüllt werden.
- Alle Dezernate waren außerdem gefordert, für ihre Bereiche Vorschläge zur Priorisierung von Aufgaben und zur Entlastung des Haushalts zu erarbeiten. Dies betrifft die Aufwands- ebenso wie die Ertragsseite, externe Projekte ebenso wie interne Strukturen.

Das war nicht leicht. Teilweise war es eine Zumutung. Wir haben diese Aufgabe aber angenommen, um ihnen heute eine Beratungsgrundlage zu geben, die belastbar ist.

Unser Ziel dabei war eine *solidarische* und *ausgewogene* Verteilung der Lasten. Eine Verteilung, die das *Gesamtinteresse*, die zukünftige Handlungsfähigkeit dieser Stadt, in den Vordergrund stellt.

Insgesamt haben wir kurzfristig mögliche Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Volumen von 93,5 Millionen Euro (2025) aufwachsend auf bis zu 115,1 Millionen Euro (2029) erarbeitet, mit denen es gelungen ist, unser Haushaltsdefizit entsprechend zu verringern. Mit anderen Worten: Ohne diese Maßnahmen sähen unsere Zahlen noch viel schlechter aus. Diesen Prozess und wesentliche Maßnahmen finden Sie im Vorbericht beschrieben. Und natürlich Details im Haushaltsplan.

⁶ 6,05 Mrd. Euro in 2025 und 6,21 Mrd. Euro in 2026.

⁷ Das zeigt auch die jüngste Steuerschätzung, die gegenüber unseren ursprünglichen Kalkulationen Mindereinnahmen in Höhe von 98,2 Mio. Euro über die betrachteten Jahre auslöst und die in den Zahlen des 1. Veränderungsnachweises Berücksichtigung gefunden hat.

Uns allen ist bewusst: Diese kurzfristigen Verbesserungen werden das Problem allein nicht lösen. Weitere Maßnahmen werden folgen müssen. Aber sie sind ein Anfang und eine wichtige Botschaft an die Aufsicht, aber vor allem an unsere Bürgerinnen und Bürger,

- dass wir den Handlungsbedarf sehen und gegensteuern.
- dass wir einen Haushalt vorlegen, der genehmigungsfähig ist.
- dass wir *nicht* das Steuer fahren lassen, nein,
- dass wir Kurs halten, auch wenn die Wetterbedingungen rau und nicht zu unseren Gunsten sind.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das entspricht unserer Verantwortung.

Und das ist – nach unserer festen Überzeugung – auch auf der *Zeitschiene* der richtige Weg: Ein von oben verordnetes Haushaltssicherungskonzept würde deutlich *mehr* Zeit kosten. Es würde zur Folge haben, dass die Stadt auf Monate ohne Haushalt dastünde.

Und das, das darf nicht unser Ziel sein. Zur Ehrlichkeit gehört: Die Genehmigungsfähigkeit ist kein Selbstläufer. Sie kann nur *dadurch* hergestellt werden, dass wir zwei Instrumente nutzen, die von der Landesregierung erst jüngst⁸ geschaffen wurden, um den Kommunen in dieser kritischen Lage Spielraum, vor allem aber Zeit zu verschaffen:

- So planen wir zum einen im Haushalt erstmals – wie vorhin dargestellt – mit einem sog. **globalen Minderaufwand**. Und werden daher in den betreffenden Jahren entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen entwickeln müssen.
- Trotzdem liegen unsere Jahresergebnisse über der kritischen Schwelle des Eigenkapitalverzehr von max. 5 Prozent in zwei aufeinanderfolgenden Jahren. In den Jahren 2026 und 2028 werden wir daher die übersteigenden **Verluste teilweise vortragen** müssen – in der Überzeugung, dass die Haushaltslage zum Positiven verändert werden *kann*.

Der Konsolidierungskurs muss daher in der Zukunft konsequent fortgesetzt werden. Natürlich gilt: Auch Bund und Land müssen ihren Teil dazu beitragen.

Sehr geehrte Ratsmitglieder, Sie haben inzwischen wahrscheinlich eine Ahnung, *wie* herausfordernd dieser Haushaltsaufstellungsprozess für die Verwaltung war.

Ich möchte mich daher an dieser Stelle herzlich *bedanken*: bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, für Ihre Rückendeckung und Klarheit angesichts der Zahlen und Handlungsnotwendigkeiten, bei meiner Kollegin und meinen Kollegen im Verwaltungsvorstand, den Dienststellen und Beteiligungen – kurz bei den Vielen, von denen wir Solidarität einfordern mussten und müssen. Es ist ein harter, ein zäher und für alle mühsamer Prozess, der noch lange nicht zu Ende ist. *Danke*, dass Sie sich dem stellen! Mein *besonderer* Dank gilt den **Teams der Kämmerei und des Finanzdezernats**. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Haushaltsaufstellung ist schon in normalen Zeiten nicht immer einfach – in diesem Jahr war es eine Herkulesaufgabe. Dafür – ganz persönlich, aber ich denke auch im Namen aller – meinen aufrichtigen Dank!

Liebe Mitglieder dieses Rates, dass wir trotz *all dieser Mühen*, trotz dieser schmerzhaften Maßnahmen auch zukünftig *tiefrote* Zahlen schreiben werden und weitere Gegensteuerung folgen muss, das stimmt mich als Kämmerin nicht glücklich. Zur Ehrlichkeit gehört aber: Schon ein genehmigungsfähiger Haushalt ist in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit mehr.

⁸ Mit dem sog. 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz v. 5.3.2024.

Wer also meint, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zumutbar seien, der bedenke bitte die Alternative. Die Oberbürgermeisterin, Kollege Haack und ich, wir können aus Gelsenkirchen und Duisburg berichten, welchen Einschnitt eine echte Haushaltssicherung in die Kommunalpolitik vor Ort bedeutet. Ich bin sicher: Das wollen wir alle nicht!

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt trägt nicht nur der allgemeinen Kostenentwicklung Rechnung, er setzt auch wichtige und starke Akzente, er verteilt die erforderlichen Lasten ausgewogen und fair, er stellt sicher, dass Köln lebenswert *und* handlungsfähig bleibt. Ich bin überzeugt, dass er eine gute Basis für Ihre Beratungen bilden kann. Dennoch wissen wir alle, dass die Beratungen auch für Sie, für den Rat dieser Stadt, nicht leicht sein werden. Das geben die Rahmenbedingungen und die Zahlen schlicht nicht her. Es braucht Mut und Entschlossenheit, das Ruder umzulegen. Eigene Vorstellungen zurückzustellen. Verantwortung für das gesamte Ganze zu übernehmen - nicht nur hier im Rat, sondern gegenüber den Menschen dieser Stadt, im alltäglichen Gespräch auf der Straße, vor Ort. Als Stadtkämmerin, aber auch als Bürgerin dieser Stadt, möchte ich mich deshalb schon heute bei *all denen* bedanken, die sich dieser Verantwortung stellen werden.

Bei *allen anderen* werbe ich um Anerkennung und Respekt. Respekt für diese zentrale, für diese wichtige demokratische Aufgabe. Für Respekt im politischen Miteinander. Wenn Sie also andere, bessere Vorschläge haben, bringen Sie sich konstruktiv ein.

Köln ist stark und hat schon viele Krisen gemeistert. Köln – das ist die Stadt, das sind die hier lebenden Menschen. Für sie, und für die nachfolgenden Generationen, bestimmen wir den Kurs. Bei schönem Wetter, aber eben auch im Sturm. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies trotz aller Herausforderungen gemeinsam gelingen kann.

Nun, liebe Ratsmitglieder, nun legen wir den Haushalt in Ihre Hände. Ich wünsche Ihnen gute, faire, konstruktive Beratungen und sage für heute: Vielen Dank!

- Ende -